

Martin Gleitsmann, Leiter der Abteilung für Sozialpolitik der Wirtschaftskammer Österreich, im Gespräch

„Sind keine offene Gesellschaft“

Von Christina Aumayr-Hajek

■ Gleitsmann fordert Migrationsstrategie für erforderliche Zuwanderung.

„Wiener Zeitung“: Österreichs Berechnungen zum Pensions- und Sozialsystem basieren auf der Annahme, dass jährlich 32.100 Menschen zuwandern. Die tatsächliche Netto-Zuwanderung ist deutlich niedriger. Wie beurteilen Sie das?

Martin Gleitsmann: Diese 32.100 Zuwanderer basieren auf hohen Zuwanderungszahlen der Vergangenheit. Das lässt sich nur mit einer umfassenden Migrationsstrategie erreichen. Derzeit tun wir nichts dafür. Ich vermisse in Österreich eine Willkommenskultur und die nötigen Rahmenbedingungen für einen unbürokratischen, schnellen Einstieg gut ausgebildeter Kräfte auf unserem Arbeitsmarkt.

Zum Beispiel?

In der politischen wie medialen Debatte

wird immer noch Asyl mit Migration verwechselt, diese Unterscheidung ist aber notwendig. Es stellt sich auch die Frage, warum qualifizierte Asylwerber nicht arbeiten dürfen? Wir wollen für gut ausgebildete Asylwerber nach sechs Monaten eine befristete Arbeitserlaubnis, denn hier geht viel Potenzial verloren.

Laut OECD-Studie weist Österreich einen der höchsten Anteile an Zuwanderern auf, die unter ihrem Qualifikationsniveau arbeiten.

Hier sehe ich auch Handlungsbedarf. Je höher die Qualifikation, umso niedriger müssen die Aufnahmebedingungen sein. Die Anerkennung von Bildungsabschlüssen muss verbessert und die Verfahren rascher abgewickelt werden. In Österreich wird jeder Antrag als Angriff auf unseren Arbeitsmarkt verstanden, entsprechend

freundlich ist dann das Verhalten. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel, hin zu mehr Offenheit und Serviceorientierung.

Studenten aus Drittstaaten in Österreich bleibt der heimische Arbeitsmarkt verschlossen.

Diese Studenten müssen wir in Zukunft unbedingt im Land halten. Das ist im Rahmen der Rot-Weiß-Rot-Card jetzt möglich. Seit Juli 2011 können Drittstaatsangehörige mit Arbeitsplatzangebot eine Rot-Weiß-Rot-Card beantragen.

Wie sollen die Studenten ihre Chance nützen, wenn die Rot-Weiß-Rot-Card nicht aktiv kommuniziert wird?

Wir haben im ersten Schritt die Rahmenbedingungen geschaffen, damit Studenten nach Studienende sechs Monate in Österreich bleiben können, um einen Job zu suchen. Im zweiten Schritt muss die Kommunikation folgen.

Andere EU-Länder gehen längst von einem Schrumpfungsszenario der eigenen Bevölkerung aus, Österreich rechnet mit einem gleichbleibenden Niveau. Wie das?

Eine gewagte Annahme, diese Zahlen werden wir uns genau ansehen müssen, um dann eine Kurskorrektur einzuläuten.

2009 und 2010 kamen deutlich weniger gut ausgebildete Zuwanderer als erforderlich nach Österreich. Wo bleibt die Kurskorrektur?

Verdrängung hat bei uns Tradition. Ein Beispiel: 2008 wurde ein Nachhaltigkeitsbericht zum Pensionspfad erstellt, der die Entwicklung der Pensionen wiedergibt. Nach zwei Jahren hat man



„Ein Migrationsstaatssekretariat würde ich begrüßen.“ Foto: wko

erkannt, dass die Annahmen zu optimistisch waren. Was ist passiert? Man hat den Bericht für die nächsten Jahre ausgesetzt, das Thema war weg. Wurde im jetzt präsentierten Sparpaket das Frührentenalter angehoben? Nein.

In Österreich darf man also weder über Zuwanderung noch über die Anwerbung qualifizierter Zuwanderer sprechen?

Es ist ein Angstthema. Die Stimmung zur Zuwanderung wurde durch jahrelang geschürte

Ängste beeinträchtigt. Dumpfe Ressentiments überwiegen. Eine positive, sachbezogene Auseinandersetzung fehlt. Die Fakten liegen auf der Hand: Arbeit erzeugt Arbeit, Zuwanderung schafft Wachstum und damit Wohlstand.

Der Beitrag von Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz?

Er macht seine Sache sehr gut, er geht das Thema mit sehr viel Engagement und Offenheit an.

Das Thema Migration spart er aus.

Er ist auch für Integration zuständig. Ich würde ein Migrationsstaatssekretariat begrüßen. Wir brauchen eine Stelle, die das Thema voran treibt.

Deutschland hat den Bedarf an qualifizierter Zuwanderung erkannt. Über die Goethe-Institute werden in Südeuropa junge Menschen mit Deutschkursen und erleichterten Aufnahmekriterien gewonnen.

Ja und es wäre schön, wenn einige diese jungen Menschen auch nach Österreich kommen würden.

Ihre deutschen Kollegen würden sich sicher sehr freuen . . .

Natürlich müssen wir auch selbst aktiv werden, etwa über Botschaften oder Außenhandlungsstellen der Wirtschaftskammer.

Was ist dazu konkret geplant?

Wir führen eine intensive Debatte darüber, wie wir uns aktiv einbringen können. Jetzt darüber zu sprechen, wäre verfrüht, konkrete Ergebnisse kommen 2013.

Was fehlt Ihnen zum Thema Zuwanderung in Österreich?

Vorausschauendes Denken und der politische Mut und die Konsequenz, die Dinge auch umzusetzen und durch zu tragen. Wir sind keine liberale, offene Gesellschaft. Vielfalt wird als Bedrohung verstanden. Es macht keinen Sinn Probleme zu negieren, wir hatten über Jahrzehnte eine starke Zuwanderung vor allem schlecht qualifizierter Zuwanderer. Diese Zeiten sind vorbei, aber in den Köpfen der Menschen hängen sie standhaft fest.

Stichwort Mythenbildung: Ausländer zahlen mehr in unser Sozialsystem ein als sie heraus bekommen. Warum hält sich das Gegenteil so standhaft?

Gute Frage, aber finden Sie einmal einen Politiker, der diesen Umstand öffentlich macht. ■

Leserbriefe

Pendler, wollt ihr ewig pendeln?

Zum Kommentar von Christian Ortner, 12. Mai

Wie viele Spitzenmanager pendeln und wie viele Arbeiter?

Wenn ich auf die Baustelle gleich nebenan schaue, stehen da Autos mit steirischen Kennzeichen, die Baufirma hat ihren Sitz in der Steiermark. Das gleiche bei vielen Baustellen. Der Tischler, der voriges Jahr in meinem Haus einige Fenster ausgetauscht hat, ist auch in der Steiermark beheimatet.

Die Putzfrau meines Chefs pendelt zwischen Polen und Wien. Sie dürfen mir glauben, dass sie keine 5000 Euro verdient. Der Chef pendelt nur zwischen Maria Enzersdorf und Wien.

Die Schlosserei, die bis vor zwei Jahren im Haus nebenan war, ist nach Niederösterreich übersiedelt, weil das Grundstück verkauft wurde und anstelle der Werkstätte in Zukunft Garagen für die Mieter des umgebauten und aufgestockten Hauses errichtet werden.

Die Schlosser müssen also jetzt nach Niederösterreich pendeln, wenn sie nicht arbeitslos sein wollen.

Ähnliche Geschichte mit einer Putzerei in der Nähe, die in Wien statt des Putzereibetriebes nur mehr stundenweise eine Annahmenstelle betreibt und den Gewerbebetrieb nach Wolkersdorf verlegt hat.

Selbstverständlich wäre es volkswirtschaftlich und ökologisch sinnvoller, die Wege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz möglichst kurz zu halten. Solange in Wien aber immer mehr Industrie- und Gewerbegebiet zu Wohngebiet umgewidmet wird, jeder Hinterhofbau zu Wohnungen umgebaut wird, weil es dafür Förderung gibt und Wohnungen andererseits so viel kosten, dass sie mit einem einzigen Gehalt nicht finanzierbar sind, trägt die Abschaffung der Pendlerpauschale sicher nicht zur Lösung bei, sondern würde nur die Arbeitslosenzahlen erhöhen.

Jutta Zalud,
per E-Mail

Mehr Innovation für die Mobilität

Zum Gastkommentar von Franz Witzeling, 1. Mai

Verkehrssicherheit gibt es so wenig wie jede andere Sicherheit auch, die es im Leben ebensowenig geben kann.

Alexander van der Bellen hat schon vor Jahren festgestellt, man müsse nicht durch jeden Berg ein Loch graben. Der Koralmtunnel war und ist ein reines Politikum, das mit Verkehr nichts zu tun hat. Noch etliche Generationen werden die Milliarden für Jörg Haiders Eitelkeit abzahlen. Angenommen, eines Tages wären alle Straßen und Bahnstrecken blockiert, nicht befahr- oder benützbar. Das Leben, auch das berufliche, ginge trotzdem weiter. So ähnlich war hierzulande die Situation ab 1945, als es auch keinen Strom, keine Privatautos und keinen Treibstoff gab. Das könnte zu einer nicht für möglich gehaltenen Erfindungsgabe und Kreativität führen.

Christine Preyer,
per E-Mail

Sagt den Bürgern endlich die Wahrheit

Die europäischen Staaten auf sich allein gestellt könnten in der Globalisierung nicht mehr so Schritt halten, wie sie gerne möchten. Das war und ist neben der Sehnsucht nach Frieden in Europa der wesentliche Grund für die Geburt der EU.

Aus Angst vor nationalistischen Tendenzen, wie sie überall geschürt werden, war man aber nicht bereit, Klartext zu reden und den Bürgern die „Vereinigten Staaten von Europa“ anzubieten. Man hoffte in den politisch etablierten Kreisen der europäischen Länder, man könne diese Vereinigten Staaten durch die Hintertür einführen: Eine gemeinsame Währung, die durch ihre offensichtlichen Vorteile punktet, sollte der erste Schritt sein. Der notwendige Folgeschritt, die Wirtschaftsunion, würde dann folgen.

Dann die Maastricht-Kriterien einhalten müssen, aber das hat ja nicht einmal die wirtschaftliche Vorzeignation Deutschland geschafft.

Und jetzt ist Griechenland pleite und so kommt der an sich positive Euro unnötig in Gerede und damit in Turbulenzen.

Denn die Griechen wollen sich von anderen nicht hineinregieren lassen. Und so nehmen ein paar Millionen griechische Wähler die ganze EU de facto in Geiselhaft.

Daher mein Appell an die Politiker aller EU-Staaten: Sagt Euren Wählern endlich die Wahrheit. Die EU in ihrer Grundidee ist viel besser, als das, was Ihr aus nationaler Feigheit aus ihr macht.

Trennt Euch endlich von Eurer Kirchturmpolitik und macht Nägel mit Köpfen für Europa.

Günter Braun
1020 Wien

Leserbriefe werden nur dann abgedruckt, wenn sie mit vollständiger, nachvollziehbarer Adresse versehen sind. Wir können auch nur Leserbriefe berücksichtigen, bei denen Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.